

Mai zeitung 2019

Rüsselsheimer
Aktionsbündnis für
soziale Gerechtigkeit



Für ein solidarisches, soziales und demokratisches Europa!

Der erste Mai 2019 steht im Zeichen der Europapolitik. Im Vorfeld der kommenden Europawahl befindet sich die europäische Union in einer tiefen Krise. Nicht erst seit dem „Brexit“ stellt sich die Frage, in welche Richtung Europa sich entwickeln soll: Wird die neoliberale Politik der Deregulierung, des fatalen Wettbewerbs um die niedrigsten sozialen Standards, um die unternehmerfreundlichsten Steuersätze und um die größtmöglichen Exportüberschüsse fortgesetzt oder gelingt ein grundlegender Politikwechsel hin zu einem solidarischen, sozialen und demokratischen Europa.

Freies Reisen innerhalb des Schengen-Raumes, Vorteile für den Handel und mehr Weltoffenheit statt nationaler Ressentiments und Vorurteile, das sind Positiva der Europäischen Union, an die wir uns gewöhnt haben. Doch die europäische Union steht in der Kritik. Lohndumping ist die Folge fehlender sozialer Mindeststandards, die Politik der Deregulierung und Privatisierung spaltet Staaten, Regionen und Kom-

munen gegeneinander aus und die Spardiktate gegenüber Südeuropa verschärfen soziale Notlagen und Arbeitslosigkeit.

Es rächt sich, dass die Wirtschafts- und Währungsunion nicht zur Sozialunion weiterentwickelt wurde, und es rächt sich, dass der Frage der demokratischen Legitimation der Entscheidungen der EU-Institutionen so wenig Beachtung geschenkt wurde.

Rechtsextremen in die Hände gespielt

Die Versäumnisse und Fehler der neoliberalen Politik spielen Rechts- extremen, Nationalisten und Nationalliberalen in die Hände. Das Demokratiedefizit der EU, Wohnraumangel, Niedriglöhne und andere soziale Missstände nutzen sie um ihre völkisch nationalistischen Phrasen zu verbreiten. Sie hetzen gegen Minderheiten, vergiften ein solidarisches und humanes Klima und verschieben den gesellschaftlichen Diskurs nach rechts.

Der Umgang mit Menschen, die nach Europa flüchten, ist mittlerweile von extremer Kälte geprägt. Debattiert wird nicht darüber, wie geholfen werden kann, sondern darüber, wie Abschiebungen möglichst effizient durchgeführt werden. Diese Entwicklung ist zutiefst beunruhigend. Sie verletzt Menschenrecht und widerspricht dem hohen Engagement zahlreicher Bürger*innen und Initia-

tiven, die sich für Geflüchtete, deren Integration und soziales Miteinander einsetzen.

Antihumane und nationalistische Haltungen und Politikkonzepte finden sich leider nicht nur bei der extremen Rechten. In fast allen Parteien gibt es Befürworter*innen einer Politik der Abschottung und Ausgrenzung. Auch die von Deutschland forcierte Sparpolitik, die Politik der schwarzen Null, spaltet Europa. Eine kränkelnde Wirtschaft darf nicht durch Sparen saniert werden. Die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland liegt bei fast 40 Prozent, in Italien und Spanien bei 33 Prozent. Die Sparpolitik der Europäischen Union zerstört nicht nur die Lebensperspektive dieser jungen Menschen.

Abschied von der Philosophie des Wettbewerbs

Der Gedanke eines geeinten Europas muss getragen werden vom Geist der Solidarität. Entscheidungen, die auf der Ebene der Regionen und Nationalstaaten besser und demokratischer getroffen werden können, sollen diesen belassen werden. Je weniger Zentralismus, umso besser. Entscheidungen über einen Eurozonenhaushalt oder über eine gemeinsame europäische Steuer- und Sozialpolitik bedürfen einer demokratischen Legitimation durch die europäischen Bürger*innen. Sie gehören in die Zuständigkeit des EU-Parlamentes.

Wir wollen ein Europa, das den Reichtum und die Macht der Banken und Konzerne begrenzt und in dem alle Menschen gut leben können. Wir wollen ein Europa, in dem die wirtschaftsstarke Länder die schwächeren Länder nachhaltig unterstützen. Vor allem Deutschland müsste hier seinen Beitrag leisten. Die Exportüberschüsse der Bundesrepublik sind die Schulden anderer.

Ein solidarisches Europa nimmt Abschied von der Philosophie des Wettbewerbs und der Militarisierung. Es macht wenig Sinn, den Nationalismus einzelner Staaten durch einen „Nationalismus“ der Kontinente oder Blöcke zu ersetzen. Eine europäische Friedenspolitik setzt auf nachhaltige ökologische und soziale Entwicklung und nicht auf militärische Stärke. Eine Erhöhung der Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes ist daher ebenso abzulehnen wie eine gemeinsame europäische Armee.



AUS DEM INHALT:

Die richtige Antwort auf Personalmangel	S. 2
Rüsselsheim-Pass	S. 3
100 Jahre Novemberrevolution	S. 3
Freihandelsabkommen und Kommunen	S. 4

Ausgeliefert

Prekarisierung, Sozialmissbrauch und vermehrt auch illegale Beschäftigung kennzeichnen die Arbeitsbedingungen im Paketgewerbe. Die europaweite Deregulierungspolitik und nicht zuletzt die Privatisierung der Post sind für diese Negativentwicklung verantwortlich. Nur zwei der fünf großen Paketdienste bieten sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und bezahlen nach Tarif. Um die Dienstleistung jedoch kostengünstiger zu gestalten, werden Subunternehmen beauftragt, die Löhne drücken und auf Kosten oft osteuropäischer Beschäftigter Geschäfte machen.

Eine bundesweite Razzia bei 356 Unternehmen erbrachte über 2.000 Beanstandungen, insbesondere Unterschreitungen des Mindestlohnes. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass das mittlere Bruttomonatsgehalt in der Branche von

2007 bis 2017 von 2859 auf 2478 Euro gesunken ist. Oft kennen die Betroffenen ihre Rechte nicht oder fordern sie aus Angst vor dem Arbeitgeber nicht ein. Menschen aus der Ukraine, Moldawien oder Weißrussland arbeiten für Subunternehmen, leben in ihren Fahrzeugen und werden Opfer von zum Teil mafiosen Strukturen. Strukturen, die rund um den Frankfurter Flughafen besonders ausgeprägt sind und von Versandfirmen, wie etwa Amazon, befördert werden.

Für faire Mobilität

Dem Auswuchs an systematischer Prekarisierung und Ausbeutung von Beschäftigten in dieser Branche ist nicht leicht auf die Schliche zu kommen. Oft trauen sich Betroffene sich nicht, sich bei ungerechter Behandlung zur Wehr zu setzen. „Schlechte Arbeit ist besser als keine“ – für viele geht es um jeden Cent. Eine Armutspirale, die nicht zu akzeptieren ist.

Es braucht ein hohes Maß an solidarischem Bewusstsein, Ahndung bei Rechtsmissbrauch und nicht zuletzt die Aufmerksamkeit von uns allen, diesen Machenschaften ein Ende zu setzen. Der DGB bietet im Rahmen des Projektes „Faire Mobilität“ Hilfe für betroffene Arbeitnehmer*innen an. Beratungen in den Muttersprachen und Informationen über die deutschen Gesetze sollen Menschen helfen und die Abwärtsspirale nach unten stoppen. Mehr Informationen unter: www.faire-mobilitaet.de.

Gerade im Vorfeld der Europawahlen sind vor allem politische Forderungen nach entschiedener Regulierung dieses Wildwuchses geboten. Alle Paketdienste müssten in die Tarifbindung und die Nachunternehmerhaftung muss dafür sorgen, dass Auftraggeber für Verfehlungen ihrer Subunternehmen haften. In der Baubranche wurden damit gute Erfahrungen gemacht.

1. MAI 2019

EUROPA. JETZT ABER RICHTIG!

Auf die Straße für ein solidarisches & gerechtes Europa!

Kundgebung

Rüsselsheim, Löwenplatz - Beginn 10.30 Uhr

Mit: Bernd Schiffler, DGB-Ortsverband Rüsselsheim
Umut Sönmez, Betriebsrat und VKL Opel

**Andrea Ypsilanti
Hauptrednerin**

Ab 13 Uhr Mai-Feier im Naturfreundehaus Rüsselsheim
bei Bier, Wein, Essen, Kaffee und Kuchen sowie Musik

Die richtige Antwort



Die neoliberale Politik der letzten Jahre hatte u.a. ein Ziel: öffentliche Dienstleistungen sollten nicht mehr erbracht werden bzw. für die Privatwirtschaft lukrative Teile des öffentlichen Dienstes sollten privatisiert werden. Der „schmale Staat“ und „Eigenverantwortung des Bürgers“ waren die Schlagwörter der Stunde. Diese Politik setzte sich konsequent weiter in der Steuergesetzgebung, indem Steuergeschenke an Reiche und Großkonzerne dafür sorgten, dass die Einnahmen des Staates immer weiter sanken. Heute zeigen sich die Auswirkungen dieser Politik u.a. in maroden Gebäuden, kaputten Straßen und fehlendem Personal – auch in Rüsselsheim. Nachdem die ver.di-Vertrauensleute unermüdlich auf diesen Missstand hingewiesen haben, zeigt sich nun auch die Stadtpolitik überzeugt.

137 neue Stellen

Die Stadtverordneten haben mit der Verabschiedung des Haushaltes für das Jahr 2019 die richtige Antwort gegeben: insgesamt sind für die Stadtverwaltung 137 neue Stellen vorgesehen; zum großen Teil sind diese Stellen im Sozial- und Erziehungsdienst angesiedelt und dies folgt damit der Notwendigkeit, durch

die Erweiterung von Kita-Plätzen entsprechendes Personal vorzuhalten.

Und die Kultur?

Für den Eigenbetrieb Kultur 123 ist keine einzige neue Stelle vorgesehen. Die gestiegenen Anforderungen spiegeln sich nicht im dortigen Stellenplan wieder. Das bedeutet, dass Arbeitsverdichtung, Überstunden und prekäre Beschäftigung fortgeführt wird und das auf Kosten der Gesundheit der Kolleg*innen. Der Eigenbetrieb bleibt somit weiterhin das Stiefkind der Stadt – zynischerweise schmücken sich die Stadtpolitiker*innen aber nur allzu gern mit dem über die Stadtgrenzen hinaus guten Ruf unseres städtischen Bildungs- und Kulturbetriebes.



Die ver.di-Vertrauensleute der Stadt Rüsselsheim

Anstaltstest du noch oder arbeitest du wieder?

Die Anstalt öffentlichen Rechts – Städtesservice Raunheim/Rüsselsheim – als Vorzeigeprojekt des Sparens? Nicht wirklich! Gespart wurde am Personal und somit an Dienstleistungen. Inklusiv der Raunheimer Kolleg*innen sind seit dem Jahre 2008 35 Mitarbeiter*innen weniger für Sauberkeit und Grünpflege tätig. Trotz Mehraufwand aufgrund klimatischer Veränderungen, den Bevölkerungszuwachs wie auch neu hinzukommende Flächen wurden die Hände derer, die die Arbeit verrichten sollen, immer weniger. Die Anforderungen stiegen kontinuierlich bei reduziertem Budget. Speziell die Grünpflege wurde schon immer gerne als Sparschwein missbraucht – keine Haushaltsberatungen ohne Etatkürzungen oder Privatisierungsvorschläge. Die Situation hat sich in der Anstalt nicht geändert. Eine über Jahrzehnte verfehlte Personalpolitik zeigt heute ihre Auswirkungen:

- zu wenig Personal
- unattraktive Arbeitsplätze
- zu wenig Auszubildende
- hoher Altersdurchschnitt
- hohe Krankenstände

Der jahrelange Ausbildungsplatzabbau rächt sich heute mit fehlendem Fachpersonal.

Rüsselsheim green & clean

Zu diesen hausgemachten Problemen kommen noch marode Liegenschaften – so ist der Betriebshof hochsanierungsbedürftig, da hier nie in die Gebäude investiert wurde. Das Resultat spiegelt sich im Erscheinungsbild der Stadt Rüsselsheim wieder: zunehmend vermüllt und verwahrlost! Gemessen an den angeblichen Einsparungen durch die Zusammenlegung der beiden Betriebshöfe ein hoher Preis! Die Beraterfirma hat dabei gut verdient: Stellenabbau im öffentlichen Dienst lohnt sich für diese Firmen –

Politik hört auf die Jugend!

Zwar nicht immer, aber immer öfter. Die ver.di Jugend der Stadt Rüsselsheim war auch im letzten Jahr wieder sehr aktiv. Ein großes Thema war der Ausbau von Ausbildungsplätzen. Und das hat seinen guten Grund. Der Altersdurchschnitt der Beschäftigten der Stadt Rüsselsheim steigt, die Stadt wächst und somit auch ihre Aufgaben. Fachkräfte auf den Arbeitsmarkt zu bekommen wird immer schwieriger. Die ver.di Jugend ist der Lösung des Problems im letzten Jahr ein Stück näher gekommen. Presseartikel, verschiedene Aktionen und Reden wie z. B. am 1. Mai 2018 zeigen endlich Wirkung:

- Durch Druck auf die Betriebsleitung im Eigenbetrieb Kultur 123

wurde ein weiterer Ausbildungsplatz geschaffen. Das freut uns doppelt! Denn erstmalig hat der Betrieb nun eine eigene Jugend- und Auszubildendenvertretung.

- Die Plätze für Erzieher*innen im Anerkennungsjahr werden jetzt dynamisch an die Anzahl der Kindertagesstätten angepasst.
- In unserer Feuerwehr bilden wir nun endlich selbst aus! Im letzten Jahr wurden 2 Auszubildende eingestellt und bis 2020 sollen weitere 4 hinzukommen.
- Für das Anerkennungsjahr von Sozialarbeiter*innen wurden 8 weitere Stellen geschaffen.

Und dann der nächste Schritt: die Besetzung der Stellen

Der Fachkräftemangel in den Bereichen Sozial- und Erziehungsdienst, technischer Bereich und IT-Kräfte macht sich auch in Rüsselsheim bemerkbar. Zusehends wird es auch immer schwieriger im Verwaltungsbereich offene Stellen zu besetzen. Stellen müssen teilweise mehrmals ausgeschrieben werden, da sich entweder keine geeigneten Bewerber*innen finden oder diese kurz vor Stellenantritt doch noch abspringen. Die Stadt Rüsselsheim steht hier in Konkurrenz mit der Privatwirtschaft und anderen öffentlichen Dienststellen. Hier gilt es, die Stadt Rüsselsheim als Arbeitgeber attraktiv für Arbeitnehmer*innen zu machen!

Die ver.di-Vertrauensleute der Stadt Rüsselsheim

Und täglich grüßt das Kitatier...

In der Mai-Zeitung 2018 haben wir geschrieben, dass der Personalnotstand in den Rüsselsheimer Kindertagesstätten einen absoluten Höhepunkt mit 24 unbesetzten Vollzeitstellen erreicht hat. Das müssen wir in diesem Jahr leider revidieren: Das war nicht der Höhepunkt, das war nur der Anfang!

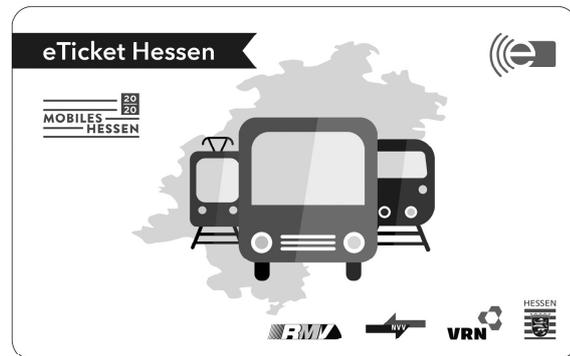
Im Durchschnitt waren im Jahr 2018 22 Vollzeitstellen unbesetzt, das sind durch Teilzeitbeschäftigungen viel mehr Personen, die tatsächlich fehlen. Im März 2019 sind wir bei 28,3 unbesetzten Vollzeitstellen. Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten am absoluten Limit!

Trotzdem geht der Umbau, Anbau, Ausbau und Neubau von Kindertagesstätten unermüdlich weiter. Woher das Personal dafür kommen soll, steht allerdings in den Sternen – der Markt ist nach wie vor leer gefegt! Nach langem Druck hat unser Arbeitgeber im letzten Jahr mit Bildung

einer Arbeitsgruppe reagiert. Im März 2019 wurde von den Stadtverordneten das „Konzept zur Personalgewinnung und -bindung in Kindertagesstätten“ verabschiedet. Diese sieht nun leider nur eine jederzeit wiederfluffige Zulage von 100 Euro für Erzieherinnen und Erzieher vor. Ob diese tatsächlich der Personalgewinnung dienen sehen wir sehr kritisch, die ver.di-Vertrauensleute aus den Kindertagesstätten werden dies auf jeden Fall sehr genau beobachten!

Die Befürchtung ist groß, dass auch in der nächsten Mai-Zeitung ein Artikel erscheint in dem der Fachkräftemangel in den Kindertagesstätten Thema ist – oder schlimmer noch: Kindertagesstätten mangels Personal geschlossen!

ver.di-Vertrauensleute aus den Kindertagesstätten der Stadt Rüsselsheim



Kostenloses Schülerticket für alle!



In Hessen ist die Schülerbeförderung durch § 161 des Hessischen Schulgesetzes Sache der Schulträger. Das Thema sorgt immer wieder für Zündstoff, da nur die Eltern eine Kostenerstattung bekommen, für deren Kinder der Schulweg zur Grundschule mehr als zwei Kilometer bzw. zur Sekundarstufe I mehr als drei Kilometer beträgt. Für Schüler, die die Oberstufe oder eine berufliche Vollzeitschule besuchen, gibt es keine Erstattung. Gemessen wird immer nur der Weg zur nächsten Schule und nicht zu der Schule, die die Eltern im Rahmen der Schulwahl wählen. Eine ganz neue Dimension bekam das Thema mit der Einführung eines Schülertickets, das seit Beginn des Schuljahres 2017/2018 für einen Jahrespreis von 365 Euro zur Fahrt in ganz Hessen berechtigt und auch von Schülerinnen und Schülern der Oberstufen und Beruflichen Schulen erworben werden kann. Aber nur die nach § 161 anspruchsberechtigte Eltern bekommen diesen Betrag vom Schulträger erstattet, alle anderen nicht. Eigentlich ist das günstige Schülerticket eine gute Sache, mein-

te auch der Vorsitzende des Landeselternbeirats Korhan Ekinci, doch mit gravierenden negativen Folgen: „Für alle nicht anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler fallen zum Beispiel bei Klassenausflügen zusätzliche Kosten für die Beförderung an, während die anderen Kinder diese vom Schulträger über das Hessenticket spendiert bekommen. Schließlich bleibt ihnen zudem noch die Möglichkeit der vielfältigen und konstruktiven Freizeitgestaltung verwehrt wie zum Beispiel der Besuch von sportlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen, die von ihrem Wohnort entfernter gelegen sind.“ Auch im Bereich des Schulträgers Rüsselsheim ist diese Situation Gegenstand von Kritik. Treffen sich Schülerinnen und Schüler ein und derselben Klasse, zum Beispiel um eine Gruppenpräsentation vorzubereiten, dann können die einen – dank weiterem Schulweg – das für ihre Eltern kostenfreie Hessen-Ticket nutzen und die anderen müssen zahlen. Auch der Schulträger Rüsselsheim ist gefordert, hier Abhilfe zu schaffen. (Nach „GEW regional“ 1-19)

Das heißt die Stadt bildet jetzt mehr Fachkräfte aus. Da wir diese Fachkräfte dringend benötigen, müssen wir die Auszubildenden gleich an uns binden. Das geht ganz einfach durch eine Übernahmegarantie! Der Oberbürgermeister hat in der neuen Broschüre zur Ausbildung bei der Stadt Rüsselsheim selbst geschrieben, dass von uns gut ausgebildete Mitarbeiter*innen keine große Einarbeitungszeit brauchen und sich sofort zurecht finden. Wenn diese Erkenntnis nun auch an der Spitze der Stadt angekommen ist, wird es auch endlich Zeit, für alle Auszubildenden die Übernahme zu garantieren!

Liebe Politiker*innen der Stadt Rüsselsheim, hört auch hier auf uns!

Ver.di Jugend der Stadt Rüsselsheim

Ansprechpartner*innen im „Aktionsbündnis gegen Sozialabbau“:

Michaela Stasche, 06142/832333
Bernd Heyl, 06152/1877471
Hans-Peter Greiner, 06142 / 46798
Ingrid Reidt, 06142/46104

Postanschrift:

Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit
Weisenauer Straße 31, 65428 Rüsselsheim
Gezeichnete Artikel geben die Position der Organisation oder der Person wieder.

Druck: Dorndruck Raunheim, dorndruck.de

Rüsselsheim-Pass, ein Beitrag zum Kampf gegen Kinderarmut

Seit Jahren kämpft das Rüsselsheimer Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit, in dem u.a. kirchliche Initiativen, der Kinderschutzbund und Gewerkschaften mitarbeiten, gemeinsam für Maßnahmen gegen Armut und speziell gegen Kinderarmut. Das Bündnis gibt jedes Jahr zum ersten Mai eine Maizeitung heraus. In der Ausgabe 2018 schreibt das Bündnis zur Kinderarmut:

„In Rüsselsheim sind ein Viertel aller Kinder bis 14 Jahre von Transferleistungen wie Hartz 4 und Hilfe zum Lebensunterhalt abhängig. Und auch die Altersarmut ist in den letzten Jahren weiter gestiegen. Angesichts der zu geringen Sätze für Bildung, Kultur, Mobilität, Sport, Kommunikation, Gesundheit in den Transferleistungen ist die Folge von materieller Armut fast immer auch ein Ausschluss von der Teilhabe an diesen gesellschaftlichen Bereichen. Von daher ist es dringend notwendig, die in Rüsselsheim existierenden Ermäßigungen sowohl beim Kreis der Berechtigten als auch bei den Ermäßigungen, z.B. auf den Bereich des öffentlichen Nahverkehrs, auszuweiten und nach dem Vorbild vieler anderer Städte in einem Rüsselsheim-Pass zu bündeln.“

Bereits 2007 (!) gab es auf Anregung des „Aktionsbündnisses für soziale Gerechtigkeit“ einen haushaltsbegleitenden Antrag der kommunalen Rüsselsheimer Wahlinitiative „Die Linke/Liste Solidarität“, mit dem der Magistrat beauftragt wurde, „um-

gehend einen Rüsselsheim-Pass im Sinne einer Sozialcard einzuführen.“ „Umgehend“ gab es sowohl ein als auch zwei Jahre später vom damaligen Magistrat inhaltsleere Zwischenberichte. Und kaum war ein weiteres Jahr herum, lag eine Drucksache zur Entscheidung vor! Dem Entscheidungsvorschlag „Zurückstellen“ stimmte genauso umgehend wie zwei weitere Jahre später (2012) eine Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung leider zu.

Im Oktober 2017 gelang es der linken Liste - nach Rücksprache mit dem Aktionsbündnis - schließlich, die Idee des Rüsselsheim-Passes durch einen von SPD, Grünen und WsR unterstützten Prüfantrag der Umsetzung näher zu bringen. Diesmal gab es tatsächlich nach der Prüfung Anfang August 2018 eine Magistratsdrucksache mit verschiedenen konkreten Optionen. Woraus unter Beteiligung der Fraktionen schließlich bis zum Januar 2019 eine entscheidungsfähige Vorlage erwuchs.

Mit der wird nun nach der im Februar erfolgten mehrheitlichen Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, entsprechend dem Vorschlag des Bündnisses von 2007, der Kreis der berechtigten Personen nicht nur auf Wohngeld- und Kinderzuschlagsempfänger*innen ausgeweitet. Anspruchsberechtigt sind

zukünftig auch Inhaber*innen der Ehrenamtskarte sowie Kräfte im freiwilligen sozialen Jahr (FSJ) und im Bundesfreiwilligendienst (BFD) Durch die Erweiterung des Kreises der Berechtigten wird einer Stigmatisierung der Empfänger*in-



nen der Vergünstigungen entgegenwirkt und die Attraktivität des Rüsselsheim-Passes gesteigert. Darüber hinaus werden existierende Ermäßigungen für den Zugang zu Bildung, Kultur und Sport zum Teil deutlich verbessert, für berechtigte Kinder und Jugendliche bis zur Kostenfreiheit. Soweit, so gut. Der Wermutstropfen: Keine Mehrheit fand die von der linken Liste unterstützte Option, für Busfahrten mit den Rüsselsheimer Stadtwerken - als ersten Schritt zum kostenfreien ÖPNV - eine fünfzigprozentige Ermäßigung zu gewähren.

Der Magistrat hat aber den Auftrag, zum Thema „Ermäßigung im ÖPNV“ eine gesonderte Vorlage zu erarbeiten. Davon, dass die nicht erst 2031 vorgelegt wird, geht das Aktionsbündnis optimistisch aus, hält aber den Bohrer für die dicken politischen Bretter bereit. *Heinz-Jürgen Krug*

Verbesserte Leistungen nach dem Rüsselsheim-Pass, wie sie die Drucksache 465/16-21 der Rüsselsheimer Stadtverordnetenversammlung vorsieht:

- Ermäßigung auf den Eintritt in städtische Schwimmbäder um 75%,
- Verzicht auf die Jahresgebühr der Stadtbücherei,
- entgeltfreie Abgabe von Restkarten an der Abendkasse des Theaters (aktuell 3 Euro je Karte),
- Ermäßigung auf alle Abonnement- und Sonderveranstaltungen um 75%, limitiert auf 20% der verfügbaren Karten des Theaters,
- kostenfreie Teilnahme an Kursen der Musikschule für Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres.
- kostenfreie Teilnahme an bis zu zwei Kursen der Volkshochschule pro Person und Jahr für Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres,
- kostenfreier Eintritt in das Stadt- und Industriemuseum für Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres und Ermäßigung des Eintritts für Erwachsene um 75%,
- kostenfreier Eintritt in Ausstellungen der Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen Rüsselsheim für Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres und Ermäßigung des Eintritts für Erwachsene um 75%,
- Ermäßigung auf den Eintritt für die Seniorenfastnacht um 75%, limitiert auf 20% des verfügbaren Kontingents,
- Ermäßigung der Teilnahme an Erholungsfahrten der Leitstelle Alterwerden um 75%, limitiert auf 20% der verfügbaren Plätze.

Dazu kommen natürlich die bisher schon geltenden Leistungen:

- kostenfreie Teilnahme an Angeboten der Jugendförderung
- Zuschüsse für Kinder- und Jugendfreizeiten und Familienerholung auf Antrag

Die Rote Fahne – Le drapeau rouge

100 Jahre Novemberrevolution 1918

Ausstellung in der Stadtbücherei Rüsselsheim vom 26.4. – 28.5.2019

Die Revolution der Arbeiter und Soldaten im November 1918, beginnend mit dem Aufstand der Matrosen in Wilhelmshaven und Kiel, war eine Auflehnung gegen Krieg, Hunger, Elend und Unterdrückung, für eine durchgreifende Demokratisie-

gewerkschaften CGT Alsace und DGB Hessen Süd zum hundertsten Jahrestag der Novemberrevolution 2018 konzipierte Ausstellung stellt die Ursachen der Revolution und ihren Verlauf in Südhessen und im Elsass dar. In Rüsselsheim wird die Aus-

ten Kabarettbühnen der Weimarer Republik entstanden. Sie wurden fündig im 1914 gegründeten Deutschen Volksliedarchiv und dem Deutschen Kabarettarchiv. Welche Träume und Hoffnungen, der am Ende durch Freikorpsoldaten blutig niedergeschlagenen Revolution, wirken bis heute?

Weitere Informationen zur Ausstellung gibt gern Bernd Heyl:

www.bernd.heyl@t-online.de

Themen und Termine

Eröffnung der Ausstellung, Freitag, 26. 04. 2019, 19.30 Uhr

Begrüßung durch den Bürgermeister und Kultur 123

Einführung in die Ausstellung: Bernd Heyl

Stadtbücherei Rüsselsheim, Am Treff 5

Konzert „Die Grenzgänger“, Dienstag, 21. 05, 2019, Einlass 19.30, Beginn 20.00 Uhr

Revolution – 100 Jahre November 1918 Kulturzentrum „Das Rind“ Mainstraße 11

Sozialproteste in Frankreich – Gewerkschaften und Gilets jaunes

Vortrag und Diskussion mit Raymond Ruck, ehemaliger Regionalsekretär der CGT Alsace

Mittwoch 22.05.2019, 19.00 Uhr Stadtbücherei Rüsselsheim, Am Treff 5



rung der Gesellschaft, für die Sozialisierung von Bergwerken und Großindustrie, für bessere Lebensbedingungen und soziale Rechte.

Inspiriert von der Oktoberrevolution 1917 in Russland, die die Menschenschlächterei des Krieges im Osten beendete, hatte sich die revolutionäre Bewegung unter dem Zeichen der Roten Fahne der Arbeiterbewegung über den restlichen Kontinent ausgebreitet.

Arbeiter- und Soldatenräte wurden innerhalb weniger Tage in ganz Deutschland und in Elsass-Lothringen, dem vormaligen »Reichsland« gegründet, der Kaiser und 22 Könige, Großherzöge und Fürsten wurden gestürzt und der Krieg beendet. Die gemeinsam von den Partner-

stellung mit der Eröffnungsveranstaltung am 26.4. und einem Konzert mit den „Grenzgängern“ am 21.05., 19.30 im „Rind“ von Kultur123 gemeinsam mit dem DGB und Attac getragen. Im Rahmen der Ausstellung findet auch am 22.05. eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zum Thema Sozialproteste in Frankreich – Gewerkschaften und Gilets jaunes („Gelbwesten“) mit Raymond Ruck von der CGT Alsace statt.

Die Grenzgänger werden in ihrem Konzert im Rind den Bogen vom 1. Weltkrieg über die Novemberrevolution bis zum Kapp-Putsch und seinen Folgen 1920 spannen. Sie spüren den Liedern und Gedichten nach, die auf der Straße und den ers-



Ich habe einen Traum . . .

das in unserem reichen Land die Versorgung und Pflege von Menschen

einen neuen – würdigen- Stellenwert bekommen: Dass alle, die sich um unsere Kranken und alten Menschen sorgen, dies endlich unter menschenwürdigen Bedingungen tun können.

Pflege mit Würde – ohne Ausbeutung, ohne Verschleiß!

Ich habe einen Traum, dass sich die Pflege an den Bedürfnissen des Menschen bemisst, und nicht am Geld oder gar am Profit. Dass die Sorge um den Menschen endlich die Anerkennung und gesellschaftliche Beachtung erfährt, die ihr zusteht, Dass die Menschen im Mittelpunkt stehen – Pflegebedürftige und Pflegendе, Hand in Hand.

Denn Pflege ist mehr als nur ein Job – sie ist Dienst am Menschen, mit Menschen, von Menschen. Sie schreit nach dem, was jeder und jede von uns braucht: Menschlichkeit.

Die Sorge um die Menschen ist Dienst an der Menschheit!

Ich habe einen Traum, dass wir die Pflege in die Hände der Menschlichkeit geben und sie endlich aus den Klauen des Marktes entheben! Um der Menschen willen!

Ingrid Reidt, Betriebsseelsorgerin





Eine Etappe für die Zukunft von OPEL?

Die Auseinandersetzung um die von der PSA-Konzernleitung verlangte ‚Auslagerung‘ von 2000 Ingenieuren und Ingenieurinnen samt Teilen des Entwicklungszentrums zum in Deutschland unbedeutenden Dienstleister SEGULA spitzt sich zu. Die IG Metall Vertrauensleute trugen sie vor die Werkstore nach außen: Plakate in der Stadt und am Ring drücken die klare Ablehnung des durch zwei Gutachten als unseriös und unsicher beschriebenen Geschäftsmodells ‚Dienstleistungsbutze‘ (IGM Vertrauensleute) aus.

Diejenigen, um die es vordergründig in dieser Auseinandersetzungphase geht, organisieren sich vermehrt in der IG Metall. Viele scheinen aber immer noch an einen individuellen Weg für sich zu glauben, statt einen gemeinsamen Kampf in der Gewerkschaft führen zu wollen. Dabei geht es um viel mehr als die Arbeitsplätze von hochqualifizierten Fachkräften: Es geht um Opel als Automarke, die eigenständig in der Lage ist, ein Modell zu konstruieren.

Ende März war auch der Leiter der Einigungsstelle (Mediationsinstanz nach Betriebsverfassungsgesetz) nicht mehr von den PSA Vorstellungen des SEGULA-Deals zu überzeugen. Sein Vorschlag: Den Betroffenen eine Wahlmöglichkeit zu eröffnen, eine Alternative zu SEGULA in Form von Abfindungen oder Alterszeit/Vorruhestand. Dies wurde von Betriebsrat und Unternehmensleitung angenommen.

Ist das ein Etappensieg? Unter dem gewerkschaftlichen Gesichtspunkt, dass maximal 2000 Arbeitsplätze (zwar sozial abgedeckt) verloren gehen können, ein Pyrrhus-Sieg. Die Auseinandersetzung geht weiter, denn Teil des SEGULA-Deals wären auch die für einen Autokonstruktur essentiell notwendigen ‚Assets‘ wie Motorenprüfstände, Teststrecken und Teile des gesamten Entwicklungszentrums (ITEZ).

Nun kann es zu einer Abstimmung mit den Füßen kommen. Wenn nur eine geringe Zahl der betroffenen Beschäftigten zu SEGULA wechseln will, ist der gesamte Deal zum Scheitern verurteilt.

Tarifverträge einhalten!

Dieser Deal ist Spiegelbild der erkennbaren Geschäftsstrategie des PSA-Konzerns: Entgarantierung der Arbeitsplätze durch Verlagerung, Outsourcing und Leiharbeit (in Frankreich sind schon etwa die Hälfte der PSA-Jobs Leiharbeitsplätze), und das auch auf Ingenieurs- und Administrationsebenen. Auf einer anderen Kampfebene, der Einhaltung der bestehenden Tarifverträge, gibt es noch keinen Durchbruch: Ein weiteres Modell zur Produktion in Rüsselsheim ist noch immer nicht tarifkonform von PSA zugesagt. Jetzt gibt es schon Gerüchte über eine mögliche Übernahme auch von FIAT-Chrysler durch PSA. Eine weitere Marke im Konzern würde den Kampf der KollegInnen um OPEL nicht erleichtern.

Gerhard Moser, DGB OV Rüsselsheim

Großdemonstration am 19. Mai in Frankfurt: „Ein Europa für Alle!“

Ein breites Bündnis ruft auf, ein Zeichen gegen Nationalismus zu setzen.

„Ein Europa für alle – Deine Stimme gegen den Nationalismus!“ Unter diesem Motto plant ein regionales Bündnis aus mehr als 40 regionalen Organisationen und Initiativen in Frankfurt am Main eine Großdemonstration für den 19. Mai 2019.

Die Europawahl am 26. Mai wird eine Richtungsentscheidung über die Zukunft der Europäischen Union. Nationalisten und Rechtsextreme wollen mit ihr das Ende der EU einläuten und Nationalismus wieder groß schreiben. Das Bündnis ruft darum alle Bürgerinnen und Bürger aus Hessen, Rheinland-Pfalz und der Region dazu auf, am 19. Mai ab 12 Uhr auf dem Frankfurter Opernplatz gemeinsam ihre Stimme gegen Nationalismus und Rassismus zu erheben und für ein „Europa für alle“ auf die Straße zu gehen.

Dem Trägerkreis des regionalen Bündnisses für die Demonstration in Frankfurt gehören u.a. Attac Deutschland, der Migrantinnenverband DaMigra e.V., der Paritätische Wohlfahrtsverband Hessen, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Frankfurt am Main, die Naturfreundejugend Hessen sowie Pro Asyl an.

Weitere Informationen:

Demonstration in Frankfurt: www.ein-europa-fuer-alle.de/frankfurt
Bundesweites Bündnis: www.ein-europa-fuer-alle.de/netzwerk

Die EU, der Bund und die Kommunen

Das schärfste Konfliktpotential zwischen der Politik der EU und den Interessen der Kommunen und ihrer Bürger*innen besteht weiterhin auf dem Feld der „Freihandelsabkommen“, die im Wesentlichen immer auch Investitionsschutzabkommen für Konzerne sind. Deshalb hatte der Städtetag und auf Anregung von attac und KAB im Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit die Rüsselsheimer Stadtverordnetenversammlung in 2016 die vorliegenden Vertragsentwürfe zu TTIP (EU-USA) und CETA (EU-Kanada) abgelehnt.

Demokratiebeschneidung durch Einengung der kommunalen Organisationsfreiheit bei der Daseinsvorsorge (Wasser, Wärme, Wohnungen ...) und die Sonderklagerechte für Unternehmen gegen demokratisch beschlossene Gesetze, sowie drohende Standardabsenkungen im sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Bereich waren und sind die Ablehnungsgründe. Zwar liegen die TTIP-Verhandlungen mit den USA inzwischen auf Eis, aber CETA wurde in weiten Teilen von der EU ohne die Einbeziehung der nationalen Parlamente in Kraft gesetzt. Desweiteren werden ohne große mediale und öffentliche Aufmerksamkeit eine ganze Reihe weiterer solcher Abkommen

geplant, verhandelt und abgeschlossen. Unter anderem mit Japan, Vietnam, Zentralamerika, Mercosur, Ukraine. Eine weitere Einschränkung kommunaler Demokratie ist durch die EU-Dienstleistungsrichtlinie („Bolkestein-Hammer“) gegeben. Sie untersagt in vielen Bereichen soziale Regulierungen, wie z.B. durch Personalbemessungsrichtlinien aber auch in Bebauungsplänen. Und sie soll nun so verschärft werden, dass praktisch keine demokratische Normsetzung in Kommunen und Ländern ohne vorherige Genehmigung der EU-Kommission möglich wäre.

Verfehlte Sparpolitik

Das unter dem Schlagwort „Austeritätspolitik“ im wesentlichen von den deutschen Regierungen vorexerzierte (Agenda 2010, Schuldenbremse, „Schutzschirme“) und mit großem Druck auf europäischer Ebene durchgesetzte Politikkonzept von massiven Einschnitten in Soziales, Bildung, Gesundheit, Kultur und öffentliche Infrastruktur schlägt voll auf die kommunale Ebene durch und hat selbst im ökonomischen Gewinnerland Deutschland zu maroden Schulen und Straßen, fehlenden Erzieher*innen und Pfleger*innen, geschlossenen Schwimmbädern, fehlenden Ausbildungsplätzen,

wachsender Armut und prekären Beschäftigungsverhältnissen geführt. Von der zum Teil katastrophalen Lage in den Städten der von der deutschen „Exportwalze“ ökonomisch niederkonkurrierten Ländern des europäischen Südens ganz zu schweigen.

Dass nun auch auf EU-Ebene die Militärausgaben massiv erhöht werden sollen, parallel zu entsprechenden nationalen Maßnahmen in Verfolgung der NATO-Vorgaben, entzieht den Städten und Gemeinden weitere Mittel.

Dabei stellen sie – wenn ihnen finanzielle Mittel in ausreichendem Umfang, also gemäß Grundgesetz und Länderverfassungen, zur Verfügung stehen – die Anpassung der staatlichen Aufgabenerfüllung an örtliche Lagen und Gegebenheiten sicher. Demnach sollten Städte und Gemeinden ein sach- und bedarfsgerechtes Angebot an Dienstleistungen und die gewünschte öffentliche Infrastruktur bereitstellen und Einfluss auf die Gestaltung der örtlichen Umwelt gemäß den Bedürfnissen ihrer Bewohnerinnen und Bewohner ausüben. Unter Beschäftigungsaspekten ist zudem die kommunale Ebene ein wichtiger Arbeitgeber. Und gerade in den Kommunen wäre bei entsprechenden Bedingungen und Möglichkeiten Demokratie erleb- und erlernbar.

Heinz-Jürgen Krug

1. Mai 2019: Europa. Jetzt aber richtig!

Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Tag der Arbeit 2019

Wenn es die Europäische Union nicht gäbe, müsste man sie erfinden. Die EU hat dafür gesorgt, dass wir in Europa seit Jahrzehnten in Frieden leben. Und sie hat für die Menschen in Deutschland und europaweit erhebliche Vorteile gebracht: Wir können frei in Europa reisen und arbeiten. Bei Arbeitszeiten, Urlaub, Mutterschutz und in vielen anderen Bereichen der Arbeitswelt schützt und erweitert die EU die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und auch wirtschaftlich profitiert Deutschland enorm von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Trotzdem erleben immer mehr Menschen, dass in der EU die Interessen der Märkte oft Vorrang haben vor sozialen Belangen. Und das, obwohl heute mehr denn je gilt: Nur eine gemeinsame und solidarische Politik für ganz Europa bringt uns weiter. Dem Bekenntnis für ein soziales Europa müssen jetzt aber auch Taten folgen. Die sozialen Interessen der Bürgerinnen und Bürger, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen Vorrang haben vor den Interessen der Unternehmen. Die Menschen müssen im Mittelpunkt der europäischen Politik stehen.

„Europa. Jetzt aber richtig!“ heißt:

- Europaweite Standards für gute Arbeitsbedingungen statt Dumping-Wettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten mit prekärer Arbeit und niedrigen Löhnen. Wir brauchen mehr Tarifbindung in ganz Europa und armutsfeste Mindestlöhne in jedem EU-Mitgliedsstaat.
- Gleiche Chancen für Frauen und Männer. Wir brauchen eine EU-Gleichstellungsstrategie – und zwar mit ganz konkreten Maßnahmen.
- Wir brauchen ein ambitioniertes Programm für Zukunftsinvestitionen für Europa, das Wachstum, Arbeitsplätze, Bildung, Infrastruktur und Wohlstand für alle sichert und fördert.
- Die EU muss zum Vorbild für eine faire Globalisierung werden – internationale Standards für Arbeitnehmerrechte, Soziales, Umwelt- und Verbraucherschutz müssen das Geschehen auf den Märkten bestimmen, nicht umgekehrt.

All das lässt sich in Europa nur gemeinsam erreichen. Die Rechtsextremen, Nationalisten und Nationalliberalen in Europa bieten keine Lösungen – im Gegenteil: Die Brexit-Abstimmung in Großbritannien und ihre Folgen haben gezeigt, wohin es führt, wenn diejenigen die Oberhand gewinnen, die Ängste schüren, aber keinerlei Konzepte für die Zukunft haben. Am 1. Mai zeigen wir klare Kante gegen Rechts und alle, die unser Land und Europa spalten wollen. Wir sagen Nein zu Intoleranz, Nationalismus, Rassismus und Rechtspopulismus.

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, am 26. Mai 2019 an der Europawahl teilzunehmen: für ein solidarisches und gerechtes Europa: für gute Arbeit, gute Einkommen und Arbeitsbedingungen, mehr Tarifbindung und eine Rente, die für ein gutes Leben reicht.

Bernd Schiffer, DGB-Kreisvorsitzender

